

8	Beschlussempfehlungen	
8.1	Licht an! SPD-Fraktion	1798/5
8.2	Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Bezirks Charlottenburg- Wilmersdorf im Haushaltsjahr 2020 Bezirksbürgermeisterin	0005/6
8.3	Gedenkstätte für die Opfer der Corona-Pandemie SPD-Fraktion	0015/6
8.4	Reichsstraße/Kastanienallee anwohnerfreundlich nachbessern CDU-Fraktion	0039/6
8.5	Kein Halteentfall der ICE - Züge im Bahnhof Südkreuz SPD-Fraktion	0043/6
8.6	Ressortübergreifende Datenbank zur Erfassung von Straßenmöbeln und deren regelmäßige Instandhaltung CDU-Fraktion	0044/6
8.7	Neue Fahrradbügel CDU-Fraktion	0047/6
8.8	Schulanmeldungen online FDP-Fraktion	0048/6
8.9	Poller am Platz Horstweg/Wundtstraße wieder entfernen FDP-Fraktion	0051/6
8.10	Welche Sporthallen stehen dem Sport zur Verfügung CDU-Fraktion	0079/6
8.11	Erinnerung an die Anfänge der deutschen Aidshilfe Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0104/6
9	Antrag (vertagt)	
9.1	Städtepartnerschaft Berlin-Moskau aussetzen! CDU-Fraktion	0108/6
	Anträge (neu)	
9.2	"Ulme 35" und "Haus der Nachbarschaft" als Stadtteilzentrum sichern Grüne/SPD	0118/6
9.3	Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen in Charlottenburg-Wilmersdorf Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0119/6
9.4	Wo gibt es Hilfe für alte und pflegebedürftige Personen im Bezirk? SPD-Fraktion	0120/6

9.5	Sporthalle fit machen CDU-Fraktion	0121/6
9.6	Aktionsplan sauberes Charlottenburg-Wilmersdorf SPD-Fraktion	0122/6
9.7	Regenwasser aus Dachabläufen zur Bewässerung von Straßenbäumen CDU-Fraktion	0123/6
9.8	Zivile Schutzräume schaffen FDP-Fraktion	0124/6
9.9	Ehrenamtliches Engagement durch Anschaffung eines Kippensaugers unterstützen SPD-Fraktion	0125/6
9.10	Barrierefreiheit auf Friedhöfen sicherstellen! CDU-Fraktion	0126/6
9.11	Sitzbänke vor dem Jobcenter wiederherstellen Fraktion DIE LINKE	0127/6
9.12	Stadt der Kinder SPD-Fraktion	0128/6
9.13	Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen CDU-Fraktion	0129/6
9.14	Rudolf-Wissell-Brücke für alle – Rad- und Fußverkehr mitdenken! Fraktion DIE LINKE	0130/6
9.15	Drogenkonsumutensilien fachgerecht entsorgen SPD-Fraktion	0131/6
9.16	Entsiegelung von Straßeninseln für mehr Aufenthaltsqualität CDU-Fraktion	0132/6
9.17	Schwerpunktkontrollen durchführen FDP-Fraktion	0133/6
9.18	Aufklärung zum Drogenkonsum in der Nachbarschaft vorantreiben SPD-Fraktion	0134/6
9.19	Regenwasserabfluss am U-Bahnhof Kaiserdamm schaffen CDU-Fraktion	0135/6
9.20	Ein Obdach für Wohnungslose SPD-Fraktion	0136/6
9.21	Mehrsprachigkeit fördern - Herkunftssprachlichen Unterricht ermöglichen! Fraktion DIE LINKE	0137/6
9.22	Wasser marsch! CDU-Fraktion	0138/6

9.23	Barrierefreiheit auch in Parks – der Zaun muss weg SPD-Fraktion	0139/6
9.24	Kontrolle statt Sperrung von Grünflächen FDP-Fraktion	0140/6
9.25	Einrichtung einer Beratungsstelle für Bürger und Bürgerinnen bei Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden fraktionslos (AfD)	0141/6
9.26	Kommunikation des Sportamtes bei Anträgen auf Nutzungszeiten von bezirklichen Sportflächen verbessern! CDU-Fraktion	0142/6
9.27	Einbürgerung nicht mehr behindern SPD-Fraktion	0143/6
9.28	Dienstwagenprivileg abschaffen - Beitrag zum Klimaschutz und Einsparung von Kosten Fraktion DIE LINKE	0144/6
9.29	Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien Fraktion DIE LINKE	0145/6
9.30	Neue Realitäten anerkennen - digitale Sitzungen der BVV im Bezirksverwaltungsgesetz ermöglichen Fraktion DIE LINKE	0146/6
10	Große Anfragen (vertagt)	
10.1	Nahwärmeprojekte als Beitrag für Klimaschutz im Bezirk Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0110/6
10.2	Schulwegsicherheit umsetzen SPD-Fraktion	0111/6
10.3	Wie weiter mit dem Grundstück der ehemaligen König-Fahd- Akademie - Millionenverluste, oder zurück an den Bezirk? CDU-Fraktion	0113/6
10.4	Personalnot im Bezirksamt: Erfahrungen mit Initiativbewerbungen in Charlottenburg-Wilmersdorf?! FDP-Fraktion	0112/6
	Große Anfragen (neu)	
10.5	Zweckentfremdung in Charlottenburg-Wilmersdorf SPD-Fraktion	0147/6
10.6	Zivil- und Katastrophenschutz in Charlottenburg-Wilmersdorf CDU-Fraktion	0148/6

Wolfgang Tillinger
Bezirksverordnetenvorsteher

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Einwohnerfragestunde
Bezirksverordnetenvorsteher

TOP-Nr.:

Einwohnerfragestunde**DS-Nr: 0117/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einwohnerfragestunde1. Einwohnerfrage

Katja Plassmann
Geschwindigkeitsüberschreitungen in
der und Durchfahrt durch die Xantener
Straße unterbinden

1. Wieso ist der Beschluss DS-1458/5 vom 27.08.2020 bzgl. der Xantener Straße in keiner Weise umgesetzt?
2. Wann kann mit der Umsetzung gerechnet werden?
3. Wieso bleiben Schreiben und Nachfragen an das Büro Schruoffeneger diesbezüglich gänzlich unbeantwortet? (Rückfragen fanden statt am 3.11.2020, 03.12.2020, 22.12.2020, 08.01.2021, 15.01.2021 und 22.01.2021 sowie ein Einschreiben vom 21.11.2021.)

2. Einwohnerfrage

Larissa Mayer-Schuchard
Konzerte in der Waldbühne und Olympiastadion

1. Wie viele Konzerte in der Waldbühne plus alle Veranstaltungen im Olympiastadion sind pro Jahr zulässig, d.h. Müssen die Bewohner der Gegend akzeptieren?
2. Wenn die gesetzlich festgelegte Anzahl überschritten wird - in diesem Jahr finden allein in der Waldbühne über 30 Konzerte statt, d.h. zum Teil bis zu 4 Konzerten pro Woche - müsste es dann nicht im Gegenzug Maßnahmen zum Schutz der Anwohner geben, z.B. die Sperrung der umliegenden Straßen für den überbordenden Autoverkehr?

3. An wen können sich die Betroffenen Anwohner wenden, um sich für eine temporäre Zufahrtsstraßen-Beschränkung einzusetzen zu diesen Veranstaltungen, dass man nur als Anwohner in z.B. die Tharauer Straße und die Schirwindter Allee reinfahren kann?

3. Einwohnerfrage

Joachim Neu
Mieterbeirat

1. Warum ist der von der BVV vor zwei Jahren beschlossene Mieterbeirat vom BA immer noch nicht eingerichtet worden und wann wird es endlich geschehen?
2. Wie wird die Zusammensetzung nach Ablauf der Bewerbungsfrist vor 1,5 Jahren aussehen und warum wurde deren Wahl durch die BVV bis heute nicht durchgeführt?

4. Einwohnerfrage

Joachim Neu
Zurückgestellte Modernisierungen und
Eigentumsu mwandlungen rund um
Amtsgerichtsplatz/Schloßstraße

1. Für Umwandlungen müssen in der Zeit des Aufstellungsbeschlusses keine Anträge gestellt werden. In der Regel wird das Bezirksamt aktiv, wenn Anträge auf Abgeschlossenheitsbescheinigung gestellt werden. Liegen diese aber bei den Eigentümern bereits „auf Halde“, kann die Umwandlung nicht mehr verhindert werden.
Wie viele sind auf Halde "liegendeblieben"?
2. Insbesondere von genehmigungsfreien wohnungsinternen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen erlangt das Bezirksamt jedoch nur selten Kenntnis, da diese nicht anzeigepflichtig sind.
Wie wird der Mieter über die Möglichkeiten einer Benachrichtigung des Bezirksamtes informiert?
3. Ist es richtig, dass die Umwandlungsverordnung nach § 250 BauGB nur bis 2025 gilt, nur Umwandlungen über 5 Wohnungen betrifft und Modernisierungen keine Erlaubnisse erfordern und somit keinen Ersatz einer Milieuschutzverordnung darstellen kann?

5. Einwohnerfrage

Joachim Neu
Kostenexplosion der Miet-, Betriebs-
und Energiekosten in 2022

Der Stadtrat hat in der letzten BVV auf eine entsprechende Einwohnerfrage von "Spekulation" gesprochen.

1. Vor dem Hintergrund der neuesten Entwicklung und in den Medien veröffentlichten Prognosen glaubt der Stadtrat dies noch aufrechterhalten zu können?

2. Sind dem Stadtrat endlich Zahlen bekannt mit welcher Erhöhung der latenten und unmittelbaren Verdrängungsgefährdung von bisher bereits 40% rund um Amtsgerichtsplatz und Schloßstrasse zu rechnen ist?
3. Sollte diese Situation auf Grund mangelnden Handels des Stadtrates eintreten, wie gedenkt er zu handeln oder reicht der Verweis auf Umwandlungsverordnung, Mietensteuer und Zweckentfremdungsverordnung?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 1798/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
28.01.2021	BVV	BVV-053/5 überwiesen	
16.04.2021	Um	Um-050/5 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	
10.05.2022	HH	HH-009/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	14 J : 2 N : 0E
	HH		
	BVV		

Licht an!

Der Ausschuss für Haushalt, Personal,
Wirtschaftsförderung und Diversity
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll ausgewählte Spielplätze als Pilotprojekt im Winter in den Abendstunden (16-20 Uhr) ausreichend beleuchten. Dabei ist auf eine umweltverträgliche Beleuchtung zu achten.

Der BVV ist bis zum 31.07. 2022 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt soll große ausgewählte Spielplätze im Winter in den Abendstunden (16-20 Uhr) ausreichend beleuchten. Dabei ist auf eine umweltverträgliche Beleuchtung zu achten.

Der BVV ist bis zum 31.05. 2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Vorlage zur Beschlussfassung
Bezirksbürgermeisterin

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0005/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
28.04.2022	BVV	BVV-007/6 überwiesen	
10.05.2022	HH	HH-009/6 ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen	einstimmig
	BVV		

Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf im Haushaltsjahr 2020

Der Ausschuss für Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung und Diversity empfiehlt der BVV, die BVV möge beschließen:

„Die Bezirksverordnetenversammlung genehmigt gemäß § 37 Abs. 4 und 7 und § 38 Abs. 1 LHO in Verbindung mit § 12 Abs. 2 BezVG nachträglich die vom Bezirk zugelassenen, in der vorgelegten Nachweisung- Anlage – enthaltenen Haushaltsüberschreitungen in folgender Aufteilung:

<i>Überplanmäßige Ausgaben:</i>	13.094.493,43 €
<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>	0,00 €.“

Begründung:

Im Haushaltsjahr 2020 waren Zahlungen zu leisten, für die im Doppelhaushaltsplan 2020 / 2021 – Haushaltsjahr 2021 - Bezirkshaushaltsplan Charlottenburg-Wilmersdorf keine oder keine ausreichenden Ausgaben veranschlagt waren. Soweit in diesen Fällen auch kein Ausgleich durch Einsparungen an anderer Stelle im Wege der Deckungsfähigkeit (§ 20 LHO) oder durch Bereitstellung von Bewilligungsmitteln (§ 37 Abs. 6 LHO) möglich war, mussten über- oder außerplanmäßige Ausgaben (Haushaltsüberschreitungen) zugelassen werden.

Haushaltsüberschreitungen sind nach Art. 88 der Verfassung von Berlin - VvB - und § 37 Abs. 1 bis 7 und § 38 LHO - nur in den Fällen eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses zulässig.

Unbeschadet der Genehmigung durch die Bezirksverordnetenversammlung bedürfen alle Haushaltsüberschreitungen gem. Art. 88 Abs. 2 VvB, § 37 Abs. 4 LHO und § 38 Abs. 1 Satz 2 LHO der nachträglichen Genehmigung durch das Abgeordnetenhaus.

Über- oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen wurden im Haushaltsjahr 2020 im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf nicht zugelassen.

Die Einzeltatbestände und die Begründungen zu den Überschreitungen sind in der **Anlage** aufgeführt.

Die hier vorgelegte Nachweisung enthält nicht die zugelassenen, sondern die tatsächlich in Anspruch genommenen Mehrausgaben.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben

Auf Grund der über- und außerplanmäßigen Ausgaben erhöhte sich das Ausgabevolumen des Bezirkshaushaltsplans Charlottenburg-Wilmersdorf im Haushaltsjahr 2020 um 13.094.493,43 €.

Die Mehrausgaben des Bezirks konnten vollständig durch Einsparungen bei den Ausgaben, Mehreinnahmen und durchgeführte Basiskorrekturen der Senatsverwaltung für Finanzen gedeckt werden.

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen

keine

Anlage

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Spielberg/Hansen

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0015/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
20.01.2022	BVV	BVV-004/6 überwiesen	
10.05.2022	Weiku BVV	WK-003/6 im Ausschuss abgelehnt	4J : 7N : 2 E

Gedenkstätte für die Opfer der Corona-Pandemie

Der Ausschuss für Weiterbildung und Kultur
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache wird abgelehnt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit dem Land Berlin auf dem Joachimsthaler Platz oder einem anderen gleich stark von Fußgängern und Fußgängerinnen frequentierten öffentlichen Platz im Bezirk eine Gedenkstätte für die trotz des unermüdlichen Einsatzes des medizinischen Personals an und mit Covid-19 Verstorbenen zu errichten. Der BVV ist bis zum 30.04.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0039/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.02.2022	BVV	BVV-005/6 überwiesen	
02.03.2022	OrdV	OrdV-002/6	vertagt
06.04.2022	OrdV	OrdV-004/6	vertagt
04.05.2022	OrdV	OrdV-006/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
	BVV		

3 J : 11 N : 2 E

Reichsstraße/Kastanienallee anwohnerfreundlich nachbessern

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr
Empfiehl der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zusammen mit den Anwohnern, sowie den Gewerbetreibenden an der Reichsstraße Ecke Kastanienallee in ein Dialogverfahren einzusteigen, um den Kreuzungsbereich unter den Aspekten Schulwegsicherheit, Fahrradabstellanlagen, sowie Falschparker und Parksituation zu diskutieren und ggf. Nachbesserungen in die Wege zu leiten.

Das Bezirksamt möge bis zum 31.03.2022 berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0043/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.02.2022	BVV	BVV-005/6 überwiesen	
02.03.2022	OrdV	OrdV-002/6	vertagt
06.04.2022	OrdV	OrdV-004/6	vertagt
04.05.2022	OrdV	OrdV-006/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
	BVV		

13 J : 2 N : 1 E

Kein Halteentfall der ICE - Züge im Bahnhof Südkreuz

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, gemeinsam mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg, sich gegenüber der DB Netz dafür einzusetzen, dass der ab Dezember 2022 für 3 Jahre geplante Entfall aller Halte der ICE-Züge im Bahnhof Südkreuz im Zuge der Umstellung der Signaltechnik zwischen Berlin und Jüterbog verhindert wird.

Durch eine verbesserte Zusammenarbeit in der Fahrplankoordinierung im Schienenpersonennahverkehr mit den zuständigen Ländern Berlin und Brandenburg ist ein weiterer Halt aller ICE - Züge im Südkreuz zu gewährleisten und eine Verlängerung der Fahrzeiten für die Bürger*innen aus dem Süden Wilmersdorf in Richtung Frankfurt/Main und München um bis zu 25 Minuten zu vermeiden.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0044/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.02.2022	BVV	BVV-005/6 überwiesen	
02.03.2022	OrdV	OrdV-002/6	vertagt
06.04.2022	OrdV	OrdV-004/6	vertagt
04.05.2022	OrdV	OrdV-006/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
	BVV		einstimmig

Ressortübergreifende Datenbank zur Erfassung von Straßenmöbeln und deren regelmäßige Instandhaltung

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert eine einheitliche, d. h. ressortübergreifende, und digitale Datenbank zur Erfassung von Sitzbänken und anderen Straßenmöbeln im Bezirk anzulegen, um sowohl den aktuellen Bedarf abzubilden als auch die regelmäßige Instandsetzung zu gewährleisten.

Das Bezirksamt möge bis zum 31.05.2022 berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0047/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.02.2022	BVV	BVV-005/6 überwiesen	
02.03.2022	OrdV	OrdV-002/6 vertagt	
04.05.2022	OrdV	OrdV-006/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	10 J : 3 N : 3 E
	BVV		

Neue Fahrradbügel

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die bestehenden spiralförmigen Fahrradbügel in der Soorstraße Ecke Fredericiastraße im Sinne der Verkehrssicherungspflicht zu ersetzen. In folgenden Straßenzügen sollen ergänzend zum bestehenden Konzept „Fahrradabstellanlagen an Straßen in Charlottenburg-Wilmersdorf“ (Fahrradabstellanlagenkonzept) zusätzliche Fahrradabstellanlagen entsprechend den örtlichen Gegebenheiten, unter Berücksichtigung von Gastronomie und Einzelhandel, aufgestellt werden:

- Fredericiastraße,
- Stülpnagelstraße.

Der BVV ist bis zum 17.03.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Beckers/Schuchert

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0048/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.02.2022	BVV	BVV-005/6	überwiesen
01.03.2022	SchulSp	Schu-002/6	vertagt
05.04.2022	SchulSp	Schu-003/6	vertagt
03.05.2022	SchulSp	Schu-004/6	mit Änderungen im Ausschuss beschlos- sen
	BVV		

15 J : 0 N : 1 E

Schulanmeldungen online

Der Ausschuss für Schule und Sport
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dafür einzusetzen, dass Eltern ihre Kinder zum Schuljahr 2023/24 an allen Grund- und Oberschulen im Bezirk online anmelden können.
Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dafür einzusetzen, dass Eltern ihre Kinder zum Schuljahr 2023/24 an allen Grund- und Oberschulen im Bezirk online anmelden können.

Das Bezirksamt berichtet bis zum 30. April 2022 zum Fortschritt seiner entsprechenden Bemühungen und zum Stand der Umsetzungsaktivitäten der projektverantwortlichen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0051/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.02.2022	BVV	BVV-005/6 überwiesen	
02.03.2022	OrdV	OrdV-002/6	vertagt
04.05.2022	OrdV	OrdV-006/6	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
	BVV		

2 J : 11 N : 3 E

Poller am Platz Horstweg/Wundtstraße wieder entfernen

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die aufgestellten Poller an der Kreuzung Horstweg/Wundtstraße wieder zu demontieren.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Fenske

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0079/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
17.03.2022	BVV	BVV-006/6	überwiesen
05.04.2022	SchulSp	Schu-003/6	vertagt
03.05.2022	SchulSp	Schu-004/6	mit Änderungen im Ausschuss beschlos- sen
	BVV		

15 J : 0 N : 1 E

Welche Sporthallen stehen dem Sport zur Verfügung

Der Ausschuss für Schule und Sport
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Drucksache ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Ursprungstext:

Das Bezirksamt / Sportamt wird beauftragt, monatlich einen Bericht/Übersicht über alle Sporthallen, die nach SPAN in der Vergabe sind vorzulegen.

In der Aufstellung sind folgende Fakten zu nennen:

- Sporthalle steht uneingeschränkt zur Verfügung
- Sporthalle steht nicht zur Verfügung
- Dauer der Sperrung
- Grund der Sperrung
- Sind Verzögerungen eingetreten und warum
- Diese Liste ist permanent fortzuschreiben
- Die Aufstellung ist online zu stellen, so dass die Vereine direkt Einsicht nehmen können

Berichtszeitraum 31.3.2022

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise

TOP-Nr.:

Beschlussempfehlung**DS-Nr: 0104/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>		
28.04.2022	BVV	BVV-007/6 ohne Änderungen in der BVV beschlossen	einstimmig (1E)
10.05.2022	Weiku BVV	WK-003/6 mit Änderungen im Ausschuss beschlossen	

Erinnerung an die Anfänge der deutschen Aidshilfe**Beitritt: SPD-Fraktion**

Der Ausschuss für Weiterbildung und Kultur
empfiehlt der BVV,
die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen, dass am oder vor dem Haus in der Niebuhrstraße 71 in Charlottenburg-Wilmersdorf an die Anfänge der deutschen Aidshilfe in Form einer Gedenktafel oder Stehle erinnert wird. Das Bezirksamt ist mit ihrer Recherche zur Ausstellung "Nothing that ever was changes" zu queeren Orten in Charlottenburg-Wilmersdorf bei der Planung und Umsetzung miteinzubeziehen. Die Gedenktafelkommission ist ebenfalls miteinzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten

Ursprungstext:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen, dass vor dem Haus in der Niebuhrstraße 71 in Charlottenburg-Wilmersdorf an die Anfänge der deutschen Aidshilfe in geeigneter Form erinnert wird. Das Bezirksmuseum ist mit ihren Recherchen zur Ausstellung „Nothing that ever was changes“ zu queeren Orten in Charlottenburg-Wilmersdorf bei der Planung und Umsetzung miteinzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sell

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0108/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
28.04.2022	BVV	BVV-007/6 vertagt

Städtepartnerschaft Berlin-Moskau aussetzen!**Beitritt: FDP-Fraktion**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Moskau so lange ausgesetzt wird, bis die russische Armee die Besetzung der Ukraine beendet hat. Dabei dürfen Kontakte und Unterstützungsmöglichkeiten zu oppositionellen Gruppen nicht vernachlässigt werden und müssen weiter möglich sein.

Begründung:

- erfolgt mündlich -

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Grüne/SPD

Kempf/Weise/Sempff/Dr. Biewener/Dr.
Buß/Hansen/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0118/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Ulme 35" und "Haus der Nachbarschaft" als Stadtteilzentrum sichern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Gelder für zwei zusätzliche Stadtteilzentren im Bezirk für das "Haus der Nachbarschaft" und die "Ulme 35" zur langfristigen Sicherung der Standorte als Stadtteilzentrum zu beantragen.

Der BVV ist bis zum 31.08.2022 zu berichten.

Begründung:

In Stadtteilzentren bündelt sich das soziale Miteinander im Kiez. Sie stehen für ehrenamtliches Engagement, solidarisches Miteinander, gegenseitige Unterstützung, Kreativität, Gesundheit, Austausch zwischen Nachbarn, Selbsthilfe, lebenslanges Lernen, Gemeinschaft, insbesondere auch für Menschen, die Hilfe suchen und Menschen, die unterstützen wollen. Gerade die Bezirksregionen Westend und Wilmersdorf weisen eine Unterversorgung an solcher sozialen Infrastruktur auf. Deshalb sollen die etablierten Häuser "Ulme 35" und "Haus der Nachbarschaft" langfristig als Stadtteilzentrum gesichert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Nebel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0119/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen im Bezirk zu initiieren und dafür eine*n Koordinator*in/Projektverantwortliche*n zu benennen. Zielsetzung und Inhalt der Projekte soll ein praktisches Engagement der Schüler*innen im Verbund mit Lehrer*innen und, wenn möglich, auch Eltern sein, um durch Recherchen und Überlegungen vor Ort Vorschläge zu Maßnahmen einer Reduzierung des Energieverbrauchs, der Substitution durch nicht-fossile Energieträger und sonstiger Maßnahmen des Klimaschutzes zu erarbeiten.

Die Aktivitäten sollten durch kompetente, externe Dienstleister begleitet werden. Über eine Steuerungsgruppe sollen Vertreter*innen des Schulamts, des Facility Managements und des Umweltamts Energiesparprojekte begleiten und unterstützen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2022 zu berichten..

Begründung:

Öffentliche Gebäude sollten beim Klimaschutz als Vorbild dienen. Dafür bieten sich Energiesparprojekte unter Einbeziehung der Schulgebäude und ihrer Nutzer*innen an. Die aktive Einbeziehung insbesondere der Schüler*innen in Recherchen vor Ort für eine umweltverträgliche Nutzung von Energie eröffnet zugleich die Chance einer Bewusstseinsbildung und Förderung von Handlungsbereitschaft im praktischen Klimaschutz. Gerade Jugendliche können und sollten so beim Klimaschutz partizipieren. An den Schulen sollte durch ein Zusammenspiel von Bildung, Nutzerverhalten, technischer Erziehung und Sanierung ein erkennbarer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden, der über das persönliche Engagement einzelner Lehrkräfte und Schüler*innen hinausgeht.

Eine Reihe von Schulen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf engagieren sich bereits im Rahmen von Energieprojekten. In einigen Bezirken gibt es bereits Erfahrungen mit Energiesparprojekten, gefördert durch das Bezirksamt: Steglitz-Zehlendorf, Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf.

In Steglitz-Zehlendorf wurden die Energiesparprojekte an Schulen immer über das Umweltamt gesteuert, in Pankow z.B. über das Facility Management. Langfristig wäre im Bezirksamt eine Zusammenarbeit von Schulamt, Facility Management und Umweltamt notwendig. Ziel dieses BVV-Beschlusses ist es, die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für dieses Vorhaben transparent zu machen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Hansen

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0120/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Wo gibt es Hilfe für alte und pflegebedürftige Personen im Bezirk?

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Broschüre „Seniorenwohnen und stationäre Pflegeeinrichtungen in Charlottenburg-Wilmersdorf“ aus dem Jahr 2017 zu überarbeiten und um die folgenden Punkte zu ergänzen:

Wohngemeinschaften für Senioren

- Pflege-WGs nicht nur für Senioren
- Demenz-WGs
- Intensiv-Pflege WGs
- Das Angebot ist ebenfalls digital anzubieten.

Der BVV ist bis zum 31.08.2022 zu berichten.

Begründung:

Seit 2017 haben sich im Bezirk weitere, auch private Anbieter angesiedelt, die bisher nicht in der Broschüre erfasst sind. Für Hilfesuchende und deren Angehörige, soll die überarbeitete Broschüre als weitere Unterstützung dienen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Stückler/Fenske

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0121/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Sporthalle fit machen

Das Bezirksamt wird aufgefordert, für die Sporthalle im Gottfried-Keller-Gymnasium einen Zeit- und Maßnahmenplan aufzulegen, damit alle Sportlerinnen und Sportler, sowie Schülerinnen und Schülern diese in einen einwandfreien Zustand nutzen zu können.

Der BVV ist bis zum 30.06.22 zu berichten.

Begründung:

Seit 2020 gibt es keine Duschen in der Sporthalle. Das WC ist ebenfalls nicht nutzbar. Die Sportlerinnen und Sportler, sowie Schülerinnen und Schülern „dürfen“ das Lehrer WC nutzen – wenn diese daran denken und es nicht versehentlich verschließen. Umkleidekabine sind ebenfalls nicht nutzbar. Alle Sportlerinnen und Sportler ziehen sich gemeinsam in der Sporthalle um. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Insbesondere im Hinblick auf den Kinderschutz muss hier schnellstmöglich Abhilfe geschaffen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Buß/Kaufmann/Spielberg/Dr.
Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0122/6**

Beratungsfolge:

Datum Gremium

BVV

Aktionsplan sauberes Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, um der Vermüllung der Parks, Grünanlagen und Straßen entgegenzutreten, dabei ist auf die besondere Komplexität des Abfallproblems einzugehen. In dem Konzept soll der Ist-Zustand (insbesondere die hohen Vermüllungsorte), Best-Practise Beispiele und mögliche Handlungsoptionen aufgezeigt werden. In den Handlungsoptionen sollen dabei folgende Maßnahmen geprüft werden:

1. Zero Waste-Strategien im Bereich Märkten und Veranstaltungen
2. Ausbau von Re-Use Zentren
3. Bildung durch Partizipationsideen, beispielsweise Putzaktionen
4. Pilotversuch durch einen Park mit Mülleimern nur an den Eingängen
5. Bildungsangeboten an den Mülleimern selbst
6. *Gewerbetreibende im Umfeld von Grünflächen zu ermuntern, ein Pfandsystem für Essensverpackungen einzuführen*

Das Konzept soll durch das Landesaktionsprogramm „Saubere Stadt“ finanziert und der BVV jährlich ein Bericht vorgelegt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Das Müllvolumen in Parks und Straßen hat stark zugenommen. Hier ist es eine gesellschaftliche Aufgabe der Vermüllung der Stadt entgegenzutreten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Pönack/Häntsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0123/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Regenwasser aus Dachabläufen zur Bewässerung von Straßenbäumen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, ob künftig im Rahmen von Gehwegsanierung und Straßenumbauten Versickerungssystem zur Regenwasserbewirtschaftung installiert werden können. Dies soll im Sinne eines Regenwassermanagements die Dachabflüsse vor Ort für die Bewässerung von Straßenbäumen nutzbar machen. Die Berliner Wasserbetriebe sind dabei miteinzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Das Wasserdefizit macht auch vor dem Bezirk nicht halt. Insbesondere die Straßenbäume haben darunter zu leiden. Ein ökologisch sinnvolles Entwässerungssystem muss daher dezentral und flächendeckend umgesetzt werden. Notwendige und bereits geplante Sanierungsmaßnahmen und Straßenumbauten bieten hierfür den geeigneten Ansatzpunkt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0124/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Zivile Schutzräume schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat von Berlin zu prüfen, ob Schutzräume für die Zivilbevölkerung, die im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern im Jahr 2007 aufgegeben wurden, reaktiviert werden können. Hierzu ist eine vollständige Bestandsaufnahme der noch vorhandenen Schutzräume vorzunehmen. Weiterhin ist zu prüfen, ob vorhandene öffentliche Tiefgaragen zu Zivilschutzräumen ertüchtigt werden können und ob bei Neubauvorhaben mit Tiefgarage diese bereits in der Planung als Schutzraum ausgebildet werden können.

Begründung:

Der grausame Krieg in der Ukraine zeigt, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, auch wenn sich das bisher niemand real vorstellen konnte. Berlin muss für seine Bürgerinnen und Bürger Vorsorge treffen und jederzeit vorbereitet sein. Zivile Schutzräume gehören zum Zivil- und Katastrophenschutz hinzu.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Buß/Kaufmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0125/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ehrenamtliches Engagement durch Anschaffung eines Kippensaugers unterstützen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, den ehrenamtlich engagierten Müllsammlerinitiativen einen Kippensauger zur Verfügung zu stellen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Es gibt viele Initiativen, die sich dem Müllproblem auf den Straßen annehmen. Diese Initiativen wünschen sich jedoch eine bessere Ausstattung. Der kostengünstige Sauger kann beim Kippen sammeln auf den Straßen (nicht in den Parks) unterstützend helfen und die Initiatoren aus Rheda-Wiedenbrück haben sich bereits für den Bau des Saugers bereit erklärt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0126/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Barrierefreiheit auf Friedhöfen sicherstellen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert alle bezirklichen Friedhöfe auf Barrierefreiheit und Wegesicherheit zu prüfen und gegebenenfalls unverzüglich Maßnahmen zu initiieren, um dies zu gewährleisten. Darüber hinaus soll der Einsatz von Mobilitätshelfern geprüft werden.

Dem zuständigen Ausschuss und der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Zugänglichkeit von Friedhöfen ist für alle Menschen unabhängig von Alter und Mobilität uneingeschränkt sicherzustellen. Das Gedenken an die Verstorbenen und die Bewusstwerdung der eigenen Vergänglichkeit sind elementare menschliche Erfahrungen und tief in unserer Kultur verankert. Friedhöfe dürfen daher nicht zu Orten werden, die Einzelnen aufgrund von Barrieren verschlossen bleiben.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Deißler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0127/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Sitzbänke vor dem Jobcenter wiederherstellen

Das Bezirksamt wird beauftragt, die maroden Sitzbänke vor dem Jobcenter am Goslarer Ufer 39 wieder für die Nutzer:innen herzurichten.

Darüber hinaus möge das Bezirksamt gegenüber den zuständigen Stellen prüfen, wann die Bauarbeiten am Goslarer Ufer 39 abgeschlossen sind und der Bauzaun, der den Uferbereich absperrt, entfernt werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Sitzbänke vor dem Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf am Goslarer Ufer 39 sind marode und nur eingeschränkt nutzbar. Zusätzlich versperrt ein Bauzaun den Zugang zum Goslarer Ufer, wo sich mit den Stufen am Wasser ebenfalls Sitzmöglichkeiten bieten würden. Besucher:innen und Mitarbeiter:innen des Jobcenters Charlottenburg-Wilmersdorf haben somit momentan keine Möglichkeit, außerhalb des Gebäudes auf den nächsten Termin zu warten oder eine Pause am Wasser zu machen. Durch die Sanierung der vier Sitzbänke vor dem Gebäude und der Wiederherstellung des Uferzugangs könnte hier schnell Abhilfe geschaffen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0128/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Stadt der Kinder

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Bezirk der Kinder weiterentwickelt. Dabei sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Angelehnt an das Konzept „Raum für Kinder“ des Bezirksamtes Spandau, soll die Beteiligung von Kindern an Spielplatz Neu- und Umbauten verstärkt werden.
- Die bestehende Auflistung auf der Internetseite des Bezirksamtes soll in einer kindgerechten Form aufbereitet und regelmäßig aktualisiert werden.
- Einmal im Jahr sollen sogenannte Spielplatztage im Bezirk stattfinden, dabei werden Angebote auf den verschiedenen Spielplätzen unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen durchgeführt. Im Zentrum der Spielplatztage soll ein Abschlussfest auf einem zentralen (Spiel-)Platz stehen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Charlottenburg-Wilmersdorf besitzt als Innenstadtbezirk sehr wenig Spielflächen. Inzwischen gibt es Konkurrenzdruck zwischen den wenigen bezirkseigenen Flächen. Es ist daher ein wichtiges Anliegen, dass wir die wenigen Spielflächen pflegen und entsprechend Instandhalten. Diese Instandsetzungen sollen gemeinsam mit den Kindern vor Ort erfolgen. Das Konzept des Bezirksamtes Spandau, „Raum für Kinder“ biete einen Ansatz an, wie mit Beteiligung von Kindern umgegangen werden kann. Darüber hinaus werden bei „Raum für Kinder“ auch Projektpartner*innen und Sponsor*innen mit in die Planung einbezogen. Wichtiges Element ist dabei eine zentrale Webseite, auf der alle

Spielplätze aufgeführt werden. Einmal im Jahr gibt es darüber hinaus ein bezirksweites Fest: die Spielplatztage. Unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen werden kleine Feste auf den Spielplätzen ausgerichtet, um mit einem zentralen großen Kinderfest die Spielplatztage enden zu lassen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Schmidt-Statzkowski/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0129/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Plan zur Schaffung einer Einrichtung der bezirklichen Jugendförderung in Westend mit Finanzierungsplan und in Frage kommenden Grundstücken zu erstellen und der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30. Juni 2022 vorzulegen.

Begründung:

Seit der Schließung des Jugendheims in der Soorstraße 85 gibt es keine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung mehr in Westend.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0130/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Rudolf-Wissell-Brücke für alle – Rad- und Fußverkehr mitdenken!

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass beim Neubau der Rudolf-Wissell-Brücke eine Radverkehrsanlage sowie ein Fußweg in beide Richtungen mitgeplant und umgesetzt wird, beispielsweise in Form einer hängenden Vorrichtung.

Sollte diese nicht umsetzbar sein, soll für den notwendigen Unterbau zumindest die Vorrüstung für eine nachträgliche Umsetzung eines hängenden Rad- und Fußwegs geplant werden.

Darüber hinaus möge sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass die Rudolf-Wissell-Brücke an die geplanten Radschnellverbindungen der GB infraVelo GmbH angeschlossen wird, um eine Verbindung zwischen den derzeit geplanten Routen herzustellen.

Der BVV ist zum 31.07.2022 zu berichten.

Begründung:

Die bisherige Planung für den Neubau der Rudolf-Wissell-Brücke sieht ausschließlich Platz für den Autoverkehr vor. Planungen für die Integration des Fuß- und Radverkehrs liegen nicht vor, obwohl bereits Verbände und Initiativen dringende Nachbesserungen fordern und sich auch die BVV Reinickendorf für die Integration aller Verkehrsarten in die Neubauplanungen ausgesprochen hat (vgl. Drucksache 2769/XX, BVV Reinickendorf). Vorplanungen des ADFC liegen hierzu ebenfalls vor. Die Planung und Umsetzung der Brücke für alle Verkehrsteilnehmer:innen ist dringend geboten, da sonst an dieser Stelle keine Quermöglichkeit für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen für die nächsten Jahrzehnte besteht. Auch die wichtigen geplanten Radschnellrouten der GB infraVelo GmbH von Spandau in den Osten der Stadt bleiben sonst ohne sinnvolle Verbindung untereinander. Ein so wichtiger Neubau für die gesamte Stadt muss unbedingt den aktuellen Anforderungen an Mobilität gerecht werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0131/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Drogenkonsumutensilien fachgerecht entsorgen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Projekt im Bezirk zu etablieren, bei dem Drogenkonsumutensilien fachgerecht unter der Anleitung eines Trägers entsorgt werden, der Erfahrung im Umgang mit Drogenkonsum hat (z.B. Fixpunkt, Drogennotdienst; Stadtmission). Schwerpunkt der Reinigung soll dabei vor allem am Stuttgarter Platz liegen.

Der BVV ist bis zum 31.08.2022 zu berichten.

Begründung:

Immer wieder gibt es von den Anwohnenden und Gewerbetreibenden Meldungen darüber, dass Drogenkonsumutensilien rund um den Stuttgarter Platz gefunden werden. Vor allem von nicht fachgerecht entsorgten Spritzen geht ein hohes Infektionsrisiko aus. Auch andere Bezirke haben im Rahmen von speziellen Säuberungsprogrammen der BSR oder unter der Anleitung eines Trägers (z.B. Kiezcleaner des Drogennotdienstes) die fachgerechte Entsorgung von Drogenkonsumutensilien in den Blick genommen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0132/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Entsiegelung von Straßeninseln für mehr Aufenthaltsqualität

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die sich im Bezirk befindlichen Straßeninseln, beginnend mit der Straßeninsel an der Haeselerstraße / Soorstraße, sukzessive zu entsiegeln und entsprechend der örtlichen Verhältnisse mit Bäumen oder Sträuchern zu bepflanzen.

Der BVV ist über den Planungsstand bis zum 31.07.2022 zu berichten.

Begründung:

Straßeninseln haben das Potential die Aufenthaltsqualität von Wohnstraßen deutlich zu erhöhen. Eine weitere Entsiegelung von Flächen kann auf diese Weise anwohnerfreundlich umgesetzt werden, und somit zu mehr Stadtgrün führen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0133/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Schwerpunktkontrollen durchführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, schwerpunktmäßig in Wohngebieten mit hohem Parkdruck Kontrollen des ruhenden Verkehrs an freizuhaltenden Kreuzungs- und Einmündungspunkten vorzunehmen. In diesem Zusammenhang soll das Bezirksamt auch die fehlende Anzahl von Parkplätzen im öffentlichen Straßenland erfassen.

Begründung:

Gem. StVo sind Kreuzungs- und Einmündungspunkte vom ruhenden Verkehr freizuhalten. Diese Vorgabe dient nicht nur der Verkehrssicherheit. Sie dient auch den Rettungskräften der Berliner Feuerwehr und weiterer Hilfs- und Rettungsdienste, um im Schadens- und Gefahrenfall mit den Einsatzfahrzeugen den Einsatzort ohne Rangieren erreichen zu können. Durch Rangieren geht viel Zeit verloren – Zeit, die im Einsatzfall über Leben und Tod entscheiden kann. Somit ist das Freihalten der Kreuzungs- und Einmündungspunkte als elementares Element der vorbeugenden Gefahrenabwehr zu bewerten und entsprechend durchzusetzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0134/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Aufklärung zum Drogenkonsum in der Nachbarschaft vorantreiben

Das Bezirksamt möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert ein Projekt zu initiieren, dass die Nachbarschaft über den Umgang mit Drogenkonsument*innen und Drogenkonsumutensilien aufklärt und vor Ort ansprechbar ist.

Der BVV ist bis zum 31.08.2022 zu berichten.

Begründung:

Es ist unablässig Information für Anwohnende und Gewerbetreibende zum Umgang mit Drogenkonsument*innen und deren Konsumutensilien bereit zu stellen. Vor allem am Stuttgarter Platz braucht es Aufklärung über den Umgang bei Spritzenfunden für die Anwohnenden und Gewerbetreibenden. Wichtig ist dabei auch, dass es ein Kiezprojekt vor Ort gibt, dass dauerhaft ansprechbar ist, um aufzuklären über den Umgang mit Drogenkonsument*innen und Drogenkonsumfunden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0135/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Regenwasserabfluss am U-Bahnhof Kaiserdamm schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Verwaltungen und der BVG dafür einzusetzen, dass der nord-west Zugang zum U-Bahnhof Kaiserdamm schnellstmöglich eine funktionsfähige Abflussvorrichtung erhält.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Trotz der Sanierungsmaßnahmen ist der oben genannte Zugang bei jedem Starkregeneignis überflutet. Da es an besagtem Zugang darüber hinaus keinen Aufzug gibt, sind die ÖPNV-Nutzer dazu gezwungen sich nasse Füße zu holen. Mit Blick auf die Attraktivität des ÖPNV gilt es hier dringend Abhilfe zu schaffen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0136/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ein Obdach für Wohnungslose

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Aufenthaltsort für obdachlose Menschen im Bezirk zu schaffen, der 24 Stunden an 7 Tagen der Woche geöffnet hat. Dabei ist darauf zu achten, dass mit den Trägern im Bereich Obdachlosigkeit zusammengearbeitet wird. Bei der Suche nach einer geeigneten Liegenschaft, soll auf eine zentrale Lage (z.B. rund um den Stuttgarter Platz) im Bezirk geachtet werden.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Obdachlosigkeit ist ein stadtweites Phänomen, mit der man in einer Großstadt umgehen muss. Wichtig für die Betroffenen, aber auch für Anwohnenden ist eine ausreichende Versorgung der Menschen. Im Bezirk bilden sich zunehmend Lager von Obdachlosen. Was diesen Menschen vor allem fehlt, ist ein sicherer Rückzugsort, der rund um die Uhr geöffnet hat. Um auch die Bildung von Lagern zu vermeiden, bedarf es eine 24/7 Einrichtung als Rückzugsort für obdachlose Menschen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0137/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehrsprachigkeit fördern - Herkunftssprachlichen Unterricht ermöglichen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in der Berliner Senatsverwaltung, Mehrsprachigkeit im Bezirk zu fördern und Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) zu ermöglichen. Dabei sind u. a. folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Eine konkrete Bedarfsermittlung der anzubietenden Sprachen, die sowohl für die Schulen als auch die betreffenden Sozialräume erstellt werden soll. Bei diesem Prozess sind sowohl Eltern und Lehrer:innen einzubeziehen, als auch Migrant:innen-Communities und Migrant:innenorganisationen. Zudem sollten die Erkenntnisse der Sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK) aufgenommen und einbezogen werden.
- Zur Sicherung eines möglichst hohen Standards des herkunftssprachlichen Unterrichts soll, gemeinsam mit Eltern, Lehrer:innen, Migrant:innen-Communities und Migrant:innenorganisationen, die konzeptionelle Weiterentwicklung des Herkunftssprachlichen Unterrichts betrieben und besonders in den Communities um Unterstützung an den Schulen geworben werden (z. B. als Lehrkräfte, Quereinsteiger:innen, Sozialarbeiter:innen).
- Das Bezirksamt soll sich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung dafür einsetzen, dass Lehrkräften mit im Ausland erworbenen Lehramtsabschlüssen in einem zügigen und transparenten Verfahren ein Weg in den Berliner Schuldienst ermöglicht wird.

Dazu braucht es u.a. gesonderte Unterstützung durch Hilfe im bürokratischen Verfahren, kostenlose und qualitativ hochwertige Sprachkurse, idealerweise an den Berliner Universitäten, und Zertifizierungsverfahren.

- Das Bezirksamt soll sich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung dafür einsetzen, dass perspektivisch eigene Berliner Angebote der grundständigen Lehrkräftebildung für herkunftssprachlichen Unterricht etabliert werden.
- Die Erfassung von Mehrsprachigkeit soll nicht mehr als „nichtdeutsche Herkunftssprache“ aufgenommen werden, sondern jede Sprache einzeln. Dadurch ist es den Bezirken möglich, sich einen besseren Überblick über das Potenzial und die notwendige Unterstützung von Mehrsprachigkeit zu verschaffen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Mehrsprachigkeit ist ein enormer Gewinn für die moderne und vielfältige Stadtgesellschaft. Sie stellt nicht etwa ein „Hindernis“ für den Deutschunterricht dar, sondern die Förderung der Herkunftssprachen der Schüler:innen stellt die Grundvoraussetzung für das weitere engagierte Lernen, für Neugierde, Wissensdurst und auch Selbstvergewisserung dar. Wir müssen die gelebte Sprachenvielfalt auch in den Schulen abbilden. Derzeit verschenken wir ein riesiges Potenzial, wenn Schüler:innen neben Deutsch und Englisch ihre eigene Herkunftssprache nur gebrochen sprechen können oder keine Grammatikkenntnisse besitzen und den enormen Wissensschatz an Literatur und Sprachenvielfalt nicht weitertragen. Es ist zudem wissenschaftlich erwiesen, dass sich die Förderung des Spracherwerbs der Herkunftssprache positiv auf den Erwerb der deutschen Sprache auswirkt. Fördern wir Vielfalt, unterstützen wir neue Potenziale und bilden wir die Vielfalt des Bezirks auch sprachlich in seinen Schulen ab.

Weitere Informationen:

<https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/sprachen/>

<https://www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/die-potenziale-der-kinder-nutzen>

<https://www.schulgesetz-berlin.de/berlin/schulgesetz/teil-ii-schulgestaltung/abschnitt-ii-gestaltung-von-unterricht-und-erziehung/sect-15-unterricht-fuer-schuelerinnen-und-schueler-nichtdeutscher-herkunftssprache.php>

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sell

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0138/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.05.2022	BVV	BVV-008/6

Wasser marsch!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei den Berliner Wasserbetrieben (BWB) dafür einzusetzen, dass möglichst an folgenden Orten:

- Lietzenseepark (Witzlebenplatz)
- Karl-August-Platz
- Richard-Wagner-Platz
- Steubenplatz
- Heidelberger Platz
- TU /Ernst-Reuter-Platz
- Stadion Wilmersdorf
- Berkaer Str. / Breite Str.
- Volkspark Wilmersdorf

öffentliche Trinkbrunnen aufgestellt werden und die dafür vorgesehenen Fördermittel beim Senat von Berlin abgerufen werden.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Wie in den letzten Wochen in den Medien veröffentlicht, wurden von sämtlichen Berliner Bezirken, die bereitstehenden Fördergelder für die Errichtung von Trinkbrunnen nicht vollständig abgerufen. Da die Schaffung von Trinkbrunnen an den vorgeschlagenen Orten den Bezirkshaushalt in keiner Weise belasten, bitten wir das Bezirksamt sich für den Vorschlag einzusetzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Biewener/Kaufmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0139/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.05.2022	BVV	BVV-008/6

Barrierefreiheit auch in Parks – der Zaun muss weg

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den Zaun um die Wiesen im Volkspark Wilmersdorf (westlich von der Bundesallee) mit Öffnungen zu versehen, damit die Wiesen barrierefrei zugänglich sind. Zudem wird das Bezirksamt dazu aufgefordert alternative Möglichkeiten zu prüfen, Radfahrer:innen davon abzuhalten die Wiese zu kreuzen, damit der Zaun wieder dauerhaft entfernt werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Seit ein paar Wochen steht ein knöchelhoher Zaun auf Holz im westlichen Teil des Volkspark Wilmersdorf und umzäunt einen kleinen Teil der Grünfläche, nämlich die Wiese. Diese Maßnahme wurde vom Grünflächenamt ergriffen, um Radfahrer:innen davon abzuhalten abseits der Wege die Wiese (vorrangig an den Ecken) zu kreuzen und ihren Weg abzukürzen, da dies die Wiese schädigt. Aktuell gibt es jedoch nicht ausreichend Öffnungen im Zaun, um mobilitätseingeschränkten Bürger:innen einen einfachen, barrierefreien Zugang zur Wiese zu verschaffen. Darüber hinaus kann dies nur eine Notlösung sein, da die Dauerhafte Umzäunung von Naherholungsflächen nicht wünschenswert sein kann. Deshalb sollen alternative Konzepte erarbeitet werden, um diesen Zustand dauerhaft zu beheben.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Beckers

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0140/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kontrolle statt Sperrung von Grünflächen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie zukünftig Grünanlagen und Grünflächen im Bezirk besser vor Vandalismus und Beschädigung geschützt werden können. Hierzu ist vor allem zwischen Grünflächenamt, Ordnungsamt und Polizei abzustimmen, wie die Überwachung und Kontrolle von übernutzten Anlagen gewährleistet werden kann. Temporäre oder gar dauerhafte Sperrungen der Flächen sind grundsätzlich zu vermeiden und nur im Einzelfall vorzunehmen. Zu prüfen sind auch sog. Rasen- und Bodenschutzsysteme, die dauerhafte Schäden an der Grasnarbe und am Bodengefüge vorbeugen sowie Ertüchtigungsmaßnahmen, um dauerhafte Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Begründung:

Auch heute schon dürfen gem. § 6 Grünanlagengesetz Berlin öffentliche Grün- und Erholungsanlagen nur so benutzt werden, wie es sich aus der Natur der einzelnen Anlage und ihrer Zweckbestimmung ergibt. Die Benutzung muss schonend erfolgen, so dass Anpflanzungen und Ausstattungen nicht beschädigt, verschmutzt oder anderweitig beeinträchtigt und andere Anlagenbesucher nicht gefährdet oder unzumutbar gestört werden. Insbesondere ist es verboten, Lärm zu verursachen, der andere Anlagenbesucher unzumutbar stört. Dieses geltende Ordnungsrecht gilt es zuvörderst durch das Ordnungs- und Grünflächenamt bzw. der Polizei durchzusetzen, bevor Grünanlagen wie der Savignyplatz der Allgemeinheit zur Nutzung entzogen werden. Temporäre Absperungen lösen das Problem auf Dauer nicht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
fraktionslos (AfD)
Dr. Seyfert

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0141/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.05.2022	BVV	BVV-008/6

Einrichtung einer Beratungsstelle für Bürger und Bürgerinnen bei Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden

Die BVV Möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten,

- a) eine Beratungsstelle für Bürger und Bürgerinnen einzurichten, an die diese sich bei Vorliegen von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden wenden können.
- b) diese Stelle durch organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung zu schaffen, um so die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zu vermeiden.

Begründung:

Nach der Niederlage der US Food and Drug Administration (FDA), der amerikanischen Zulassungsbehörde, vor einem texanischen Gericht mussten nun jene Dokumente veröffentlicht werden, die man für 77 Jahre (bis 2097) vor der Öffentlichkeit geheimhalten wollte. Es handelt sich dabei um die Pfizer Dokumente zu den Studien des „Comirnaty“ mRNA-Stoffes.

Es sind zehntausende Seiten und es wird viel Zeit beanspruchen, die Daten umfassend zu analysieren. Erste Erkenntnisse der Datenanalysten liegen allerdings schon vor. Die wichtigste: Neun Seiten an möglichen Impfnebenwirkungen sind aufgelistet. Zunächst geht es um Daten, die bis Ende Februar 2021 von Personen selbständig gemeldet wurden. Von 42.086 gemeldeten Impfreaktionen endeten 1223 tödlich! (Quelle: BNT162b2/5.3.6 Cumulative Analysis of Post-authorization Adverse Event Reports/ Table 1). Doch nicht nur die hohe Todeszahl lässt aufhorchen. Im Gegensatz zur Placebo-Gruppe (unter den Corona-Infizierten) entwickelten Geimpfte 13-mal (!) häufiger Fieber, Schüttelfrost und andere Symptome (1500 VOn 21000). (Quelle:

BNT162b2/2.5 Clinical Overview/Table 59). Da mittlerweile bekannt ist, dass die Inzidenz von Geimpften nach 3 Monaten ähnlich hoch ist wie die von Ungeimpften, lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die Impfungen hinsichtlich des Auftretens einer Erkrankung einen deutlich negativen „Netto-Effekt“ haben.

Es kann bereits jetzt klar gesagt werden, dass die Impfn Nebenwirkungen massiv unterschätzt werden und diese oft nicht an die zuständigen Behörden gemeldet werden. Andererseits rechnen Ärzte natürlich die Behandlung von Patienten mit Impfn Nebenwirkungen und Impfn Folgeschäden bei den Krankenkassen ab. Dies geht aus einer Untersuchung des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) hervor.

So wurden in den ersten 14 Monaten der Impfkampagne fast 245.000 Fälle an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemeldet, bei einer Population von 82 Mio. Menschen. Bei den BKK wurden allerdings in den ersten 7,5 Monaten des Jahres 2021 nahezu 225.000 Impfn Komplikationen abgerechnet – und dies bei 11 Mio. Mitgliedern! Aufgrund dieser Zahlen errechnet sich bei den beim PEI gemeldeten Impfn Komplikationen eine Inzidenz von 0,29 %, während die bei den BKK abgerechneten Impfn Schäden eine Inzidenz von 2,05 % ergeben, also um das 7-fache höher.

Davon ausgehend, dass die Nebenwirkungshäufigkeit der Impfung in der zweiten Jahreshälfte 2021 und im Rahmen der Boosterkampagne nicht abgenommen hat, kommt die BKK-Untersuchung zu dem Ergebnis, dass es über den gesamten Verlauf der Impfkampagne zu mehr als 3,1 Mio. Impfn Komplikationen gekommen ist, ein Beleg für das gravierende sog. Under-Reporting.

Auch dies belegt: Die in den Pfizer-Dokumenten auf neun Seiten aufgelisteten Nebenwirkungen sind um einiges mehr als „keine bzw. kleine Nebenwirkungen“, wie vom Gesundheitsminister Karl Lauterbach noch immer behauptet wird.

Die aufgelisteten Nebenwirkungen haben also ganz reale Auswirkungen bis hin zu langfristigen Folgeschäden und tödlichen Impfn Komplikationen.

Inzwischen haben sich auch ARD und ZDF der Thematik der Impfn Folgeschäden angenommen. Es gab zwei Sendungen, die auf sehr hohes Interesse stießen und den Sendern eine Flut von Zuschriften von Betroffenen einbrachten, darunter verzweifelte Hilfsanfragen.

Aufsehen erregte eine Studie der Berliner Charité unter der Leitung von Professor Dr. Harald Matthes. Demnach kämpften 8 von 1.000 Geimpften mit „schweren Impfn Nebenwirkungen“. Eine Studie des Paul-Ehrlich-Instituts hatte bislang behauptet, es hätte „für schwerwiegende Reaktionen“ nur 0,2 Meldungen auf 1.000 Impfdosen gegeben. Die Charité verzeichnet demnach einen vierzigfach höheren Wert als das Paul-Ehrlich-Institut!

Professor Matthes spricht von einer **halben Million schwerer Fälle in Deutschland**. Die Ärzte müssten tätig werden, **es brauche Anlaufstellen für Betroffene**.

Diese Anlaufstellen gibt es aber nicht und ebenso keine unabhängige Beratungsmöglichkeit. Betroffene werden an Haus- oder Impfn Ärzte verwiesen und hinsichtlich der Kostenübernahme an die Krankenkassen. Aufgrund der unterschiedlichen Interessenslage von Pharmaindustrie, Ärzteschaft, Krankenkassen und Patienten ist es jedoch erforderlich, **eine unabhängige Stelle** einzurichten, welche Hilfesuchende im Falle von Impfn Nebenwirkungen und Impfn Folgeschäden kompetent berät.

Hier kann das Gesundheitsamt ein nützliches Angebot im Bezirk unterbreiten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0142/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kommunikation des Sportamtes bei Anträgen auf Nutzungszeiten von bezirklichen Sportflächen verbessern!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert die Onlinekommunikation gegenüber Antragsstellern, die sich um Nutzungszeiten von bezirklichen Sportanlagen bemühen, mithilfe von Eingangsbestätigungen von Seiten des Sportamtes zu verbessern.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Ohne eine entsprechende Eingangsbestätigung bei Anträgen für Nutzungszeiten von bezirklichen Sportflächen kommt es auch weiterhin zu Situationen, in denen für den Antragssteller nicht ersichtlich wird, ob sein Anliegen die zuständige Stelle erreicht hat. Aufgrund des akuten Mangels an Sportplätzen und Nutzungszeiten im Bezirk ist daher dafür Sorge zu tragen, dass die begrenzten Kapazitäten optimal genutzt werden können.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Bodensiek/Saric

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0143/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einbürgerung nicht mehr behindern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Antragsunterlagen für einen Antrag auf Einbürgerung gemeinsam mit einer Ausfüllhilfe im Internet zu veröffentlichen und die derzeitige Praxis, Antragsunterlagen erst nach einem Beratungsgespräch zur Verfügung zu stellen unverzüglich einzustellen.

Der BVV ist bis zum 30.07.2022 zu berichten.

Begründung:

Wie das Bezirksamt in der schriftlichen Beantwortung der mündlichen Anfrage (16. MA, DS 0116/6) mitgeteilt hat, lässt sich der Bearbeitungsstand für Beratungstermine beim Einbürgerungsamt von derzeit 12 Monaten nicht signifikant reduzieren. Dies wäre auch nicht so schlimm, denn man könne den Antrag auch ohne Beratungstermin stellen. Dies entspricht jedoch nicht der aktuellen Praxis. Das Bezirksamt teilt selbst auf seiner Webseite mit, dass die Antragsunterlagen erst nach einem Beratungstermin zugänglich gemacht werden. Diese Taktik der Antragsvermeidung ist unverzüglich abzustellen. Sie behindert die Durchsetzung der Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz und ist auch mit dem Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz, Art 19 Abs. 4 nicht zu vereinbaren, da ein gestellter Antrag Voraussetzung für den Rechtsschutz nach der Verwaltungsgerichtsordnung ist. Durch das Unmöglichmachen der Antragstellung wird somit von Anfang an auch der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger verhindert.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0144/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Dienstwagenprivileg abschaffen - Beitrag zum Klimaschutz und Einsparung von Kosten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den Dienstwagen der Bürgermeisterin zum erstmöglichen Zeitpunkt abzuschaffen.

Der BVV ist zum 31.07.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Fortbewegung mit einem Dienstwagen innerhalb eines gut erschlossenen städtischen Bezirks ist angesichts der Klimakrise und der steigenden Kosten nicht mehr zeitgemäß. Gemäß dem Beispiel der ehemaligen Bezirksbürgermeisterin aus Friedrichshain-Kreuzberg Monika Herrmann sollte auch die Bezirksbürgermeisterin (B90/GRÜNE) von Charlottenburg-Wilmersdorf ihren Dienstwagen abschaffen und auf nachhaltige Verkehrsmittel wie bspw. den ÖPNV oder das Fahrrad umsteigen und damit mit gutem Beispiel für die dringend notwendige nachhaltige Verkehrswende vorangehen. Zugleich würden damit finanzielle Mittel eingespart (Haltung sowie Leasing des Fahrzeugs und Fahrer:in), die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt wären, beispielsweise im Rahmen von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0145/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den Bezirkshaushalt 2023/24 hinreichende Mittel für die Beauftragung von Gebärdensprachdolmetscher:innen für alle per Livestream übertragenen BVV-Sitzungen (vgl. Drucksache 2021/5), Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Sitzungen der Senior:innen-Bezirksversammlung bereitzustellen. Die vertragliche Regelung soll dabei so gestaltet werden, dass das Bezirksamt einen Vertrag mit Anbieter:innen abschließt, der alle genannten Sitzungstermine abdeckt, so dass nicht für jede einzelne Sitzung separate Aufträge erteilt und Angebote eingeholt werden müssen.

Eine Fortführung und Verstetigung des Angebots in nachfolgenden Bezirkshaushalten ist zu gewährleisten.

Der BVV ist zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungen muss allen Bürger:innen gewährleistet sein, doch bisher sind taube, schwerhörige oder ertaubte Menschen im Bezirk davon ausgeschlossen. Als Träger öffentlicher Belange sind die Bezirksämter gemäß UN-Behindertenkonvention (Artikel 9) dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt einschließlich Information und Kommunikation sicher zu stellen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland unmittelbar geltendes Recht. Mit der Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschung für die Sitzungen der BVV, des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Senior:innen-Bezirksversammlung setzt das Bezirksamt dieses Recht auf Teilhabe endlich um.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0146/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.05.2022	BVV	BVV-008/6

Neue Realitäten anerkennen - digitale Sitzungen der BVV im Bezirksverwaltungsgesetz ermöglichen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt sowie der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung werden ersucht, sich über die überbezirklichen Gremien, wie dem Rat der Bürgermeister:innen und dem Rat der Vorsteher:innen, dafür einzusetzen, dass digitale und hybride Tagungen der BVV, ihrer Gremien und der Fraktionen im Bezirksverwaltungsgesetz respektive im Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen grundsätzlich ermöglicht werden.

Bezirksamt und Vorsteher sollen das Abgeordnetenhaus auffordern, eine entsprechende Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes zeitnah vorzunehmen.

Im Falle einer grundsätzlichen Öffnung verpflichtet sich die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf dazu, die Möglichkeit für digitale Sitzungen der BVV, ihrer Gremien und der Fraktionen in ihrer Geschäftsordnung zu verankern.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Pandemiebedingt waren die Tagungen der Gremien der Bezirksverordnetenversammlung in den letzten zwei Jahren ausschließlich digital möglich. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat die Tagungen in digitaler Form im § 8a BezVwG darum für "außergewöhnliche Notlagen" ermöglicht.

Das Infektionsschutzgesetz ist ausgelaufen. Damit enden die damit verbundenen Regelungen im Land Berlin. Dadurch sind digitale Tagungsmöglichkeiten rechtlich ab sofort nicht mehr möglich. Die Regelungen in den Geschäftsordnungen der BVVen sind ungültig.

Der Gesetzgeber des Landes Berlins sollte diese Praxis schnellstmöglich rechtlich wieder absichern. Ziel sollte es sein, den BVVen die Möglichkeit zu geben, Einzelheiten über die Modalitäten von digitalen Sitzungen in den Geschäftsordnungen selbstständig zu regeln. Das Land Brandenburg ist den Schritt gegangen und hat die Kommunalverfassung bereits geändert. Dort ist den Kommunen ermöglicht worden, digitale Tagungen von Gremien zu ermöglichen.

Die Pandemie hat viele Lebensbereiche verändert. Home-Office bzw. mobiles Arbeiten sind aus dem Nischendasein in die Breite der Bevölkerung getragen worden. Viele Unternehmen, Verwaltungen, Vereine, Parteien und Institutionen haben digitale Arbeitsweisen übernommen, Videokonferenzen sind zur Regel geworden. Dabei sparen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur Fahrtzeit, sondern können unter Umständen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken, flexibler arbeiten und insgesamt selbstbestimmter leben. Diese neuen Möglichkeiten sollten auch ehrenamtlichen Bezirksverordneten zur Verfügung stehen.

Diese Form der Arbeitsweise ist die neue Realität. Das Ende der Pandemie bzw. das Auslaufen der Pandemie-Schutz-Verordnung ändert daran nichts. Der Gesetzgeber in Berlin sollte darum die nötigen rechtlichen Grundlagen schaffen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Gusy/Centgraf

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0110/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
28.04.2022	BVV	BVV-007/6 vertagt

Nahwärmeprojekte als Beitrag für Klimaschutz im Bezirk

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie beurteilt das Bezirksamt Nahwärmeprojekte als einen Beitrag zum Klimaschutz im Bezirk?
2. Welchen Beitrag können Liegenschaften des Bezirks für den wirtschaftlichen Betrieb von Nahwärmenetzen leisten, insbesondere im Nahwärmeprojekt Eichkamp?
3. Welchen Spielraum sieht das Bezirksamt, um auch evtl. höhere Versorgungspreise für die Versorgung öffentlicher Gebäude mit Wärme zu zahlen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0111/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
28.04.2022	BVV BVV-007/6 vertagt

Schulwegsicherheit umsetzen

Ich frage das Bezirksamt:

1. Das Bezirksamt hat sich mit der Förderung der Schulwegsicherheit ein wichtiges Ziel gesetzt. In welcher Zeitschiene sollen die bereitgestellten Mittel für diesen Bereich verausgabt werden?
2. Wie möchte das Bezirksamt sicherstellen, dass die Kiss & Go Zonen frei von dauerhaft parkenden Autos bleiben?
3. Welche Konzepte hat das Bezirksamt, um das zu Fußgehen oder Fahrradfahren der Kinder in die Schulen zu fördern?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage

CDU-Fraktion

Häntsch/Schmidt-Statzkowski/Pönack

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0113/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
28.04.2022	BVV BVV-007/6 vertagt

**Wie weiter mit dem Grundstück der ehemaligen König-Fahd-Akademie -
Millionenverluste, oder zurück an den Bezirk?**

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie sieht laut Bezirksamt in den kommenden Jahren der Bedarf an Grundschulplätzen in Westend angesichts in Aussicht stehender Neubauvorhaben (ehemalige Britensiedlung mit 650 zusätzlichen Wohnungen), einer Überlastung der naheliegenden Charles-Dickens-Grundschule, wie beurteilt das Bezirksamt die Einschätzung des Berliner Senats zum Thema und den Wunsch, den halbfertigen Schulrohneubau zu erwerben und dort eine Grundschule mit Jugendeinrichtung zu errichten?
2. Wie beurteilt das Bezirksamt die Tatsache, dass das früher im Bezirksbesitz befindliche Grundstück an der Glockenturmstraße zu einem sehr günstigen Preis dem Königreich Saudi-Arabien überlassen wurde, dass Saudi-Arabien das Grundstück jetzt meistbietend weiterveräußern will und die diesbezüglichen Bemühungen des Berliner Senats zum Rückkauf?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
FDP-Fraktion
Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 0112/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
28.04.2022	BVV	BVV-007/6 vertagt

Personalnot im Bezirksamt: Erfahrungen mit Initiativbewerbungen in Charlottenburg-Wilmersdorf?!

Ich frage das Bezirksamt:

1. Welche Erfahrungen hat das Bezirksamt bisher mit der auf Antrag der FDP-Fraktion im Jahr 2019 (BVV Drs.-Nr.: 0968/5) beschlossenen Möglichkeit von Initiativbewerbungen für vakante Stellen im Bezirksamt gemacht (Anzahl an Initiativbewerbungen, Anzahl der Vermittlungen an Fachabteilungen, Umgang mit Bewerberinnen und Bewerbern)?
2. Warum bestand im Zeitraum vom 31.12.2021 bis zum 01.03.2022 nach Aussage zuständiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung auf entsprechende Bewerbungseingänge keine Möglichkeit, Initiativbewerbungen beim Bezirksamt einzureichen?
3. Was für Plattformen (analog und digital) nutzt das Bezirksamt derzeit, um auf vakante Stellen und auch Initiativbewerbungen hinzuweisen?

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
SPD-Fraktion
Sempff/Spielberg/Kaufmann

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0147/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Zweckentfremdung in Charlottenburg-Wilmersdorf

Ich frage das Bezirksamt:

1. In den Jahren 2019, 2020 und 2021 wurde im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf trotz umfangreicher Abrissaktivitäten kein Ersatzwohnraum nach ZwVbG geschaffen. Wie viel Ersatzwohnraum nach ZwVbG befindet sich derzeit in der baulichen Planung und/oder in der baulichen Fertigstellung und wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?
2. Wurde betroffenen Mieter:innen in den Jahren 2019, 2020 und 2021 angesichts der baulichen Nicht-Fertigstellung von Ersatzwohnraum nach ZwVbG alternativer Ersatzwohnraum angeboten? Falls ja, welcher und in welchem Umfang?
3. In wie vielen Fällen seit dem Jahr 2018 kam das Bezirksamt bzw. das Wohnungsamt zu dem Schluss, dass ein Antrag auf Abriss und/oder ein Antrag auf ein Negativattest seitens eines Hauseigentümers durch bewusste Unterlassung von Instandhaltung der Bausubstanz entstanden sind? Bei zutreffenden Fällen bitte Adressen der betroffenen Immobilien beifügen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
CDU-Fraktion
Häntsch

TOP-Nr.:

Große Anfrage

DS-Nr: 0148/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Zivil- und Katastrophenschutz in Charlottenburg-Wilmersdorf

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Existiert für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ein Zivil-/ Katastrophenschutz-Konzept und was sind dessen wesentliche Inhalte?
2. Wie beurteilt das Bezirksamt die Versorgungssituation für die Bevölkerung unseres Verwaltungsbezirks im Fall einer Katastrophe oder militärischen Auseinandersetzung?
3. In welchem Zustand befindet sich der 1989 im Erdgeschoss des Rathauses errichtete Kommandoraum („geschützte Unterkunft“) für Katastrophen- und Zivilschutzfälle und sind gegebenenfalls Ertüchtigungen vorgesehen?